



Soziale Partnerschaft

CDA und MIT gemeinsam
für Angela Merkel
S. 10

Soziale Marktwirtschaft

Die Kirchen zur Krise
S. 15

Sozialausschüsse unterwegs

Die CDA-Sommertour 2009
S. 21



**Vieles
verändert
sich.**

Handwritten note on a form:

Herr/Frau: **M. Waig** Datum/Zeitraum:

Es gibt immer mehr
alte Menschen
weniger Junge
Pflege wird teurer
und Schwestern seltener

Hand-drawn illustration of an elderly person in bed being attended to by a robot.

Form fields (partially visible):
 Schonkaffee
 Senf/Senf
 Hüchsen
 Pfefferminze
 Malt/Coke
 Süßholz
 Kaka
 Soft-Orange/SA

Gut, dass manche Dinge so bleiben, wie sie sind.

Starke Leistungen, hohe Finanzkraft und umfassender Service. Seit über 100 Jahren sind wir für Sie da. Sorgen Sie jetzt vor – mit PflegeStart, der Zusatzversicherung der SIGNAL IDUNA. So sichern Sie sich eine angemessene Versorgung im Pflegefall. Informieren Sie sich!

SIGNAL IDUNA
Versicherungen und Finanzen



Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

Ihren persönlichen Ansprechpartner nennt Ihnen:

für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Eric Schewe ● Abt. veöd ● Telefon (02 31) 1 35-25 51 ● eric.schewe@signal-iduna.de

für Arbeitnehmer:

Claudia Utz ● Abt. maksm ● Telefon (02 31) 1 35-43 88 ● claudia.utz@signal-iduna.de

Joseph-Scherer-Straße 3 ● 44139 Dortmund

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Endspurt. Noch rund zwei Wochen bis zur Bundestagswahl. Jetzt kommt es darauf an zu mobilisieren: Freunde, Bekannte, Kollegen; alle, die man kennt und von denen man annimmt, dass sie die Union wählen. Wir müssen das uns Mögliche dazu beitragen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt. Gerade auf uns Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kommt es an.

Die Bilanz der unionsgeführten Bundesregierung ist beachtlich: tarifliche Mindestlöhne für rund 3 Millionen Menschen, staatliche Förderung von Betriebsrenten und Mitarbeiterbeteiligung, Unterstützung für die Weiterbildung. Und vor allem: Bis zum Beginn der Wirtschaftskrise vor etwa einem Jahr ist die Zahl der Arbeitslosen um 2 Millionen gesunken, haben viele Menschen wieder Arbeit gefunden.

Die Krise ist nicht hausgemacht. Sie ist vor allem aus den Vereinigten Staaten zu uns herübergeschwappt. In dieser Krise hat Angela Merkel richtig gehandelt: mit der Kurzarbeiterregelung und den Konjunkturprogrammen, mit dem Bankenschutzschirm und mit ihrem Einsatz für die internationale Regulierung der Finanzmärkte.

Und auch das Regierungsprogramm von CDU und CSU kann sich sehen lassen: steuerliche

Entlastung gerade für Facharbeiter, für Niedrig- und Normalverdiener, sobald die Finanzlage es zulässt; höheres Schonvermögen für die Altersvorsorge beim Arbeitslosengeld II; Renten oberhalb der Grundsicherung für langjährige Beitragszahler.

Die Union strebt eine Koalition mit der FDP an. Das ist richtig so. Große Koalitionen müssen die Ausnahmen bleiben. Sie schwächen die Volksparteien – und auf Dauer auch die Demokratie. Aber gerade weil wir mit den Freien Demokraten die Regierung bilden wollen, müssen wir dafür sorgen, dass CDU und CSU so stark wie möglich werden. Denn die Politik der neuen Koalition soll vor allem unsere Handschrift tragen.

Die FDP ist im Wahlkampf unser politischer Gegner. Und deswegen nehmen wir auch nicht hin, wenn man uns für das Wahlprogramm der Freien Demokraten verantwortlich macht. Im Übrigen: Auch Steinmeier will mit Westerwelle koalieren. Und ob die „Ampel“ im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist? Rot-Grün jedenfalls haben viele Kolleginnen und Kollegen, gerade auch in den Gewerkschaften, in äußerst schlechter Erinnerung. Man stelle sich eine Wiederauflage dieser Koalition unter Hinzuziehung der FDP vor!



Wer wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit will, wer für nachhaltiges Wachstum und für gerechte Löhne und Renten ist, der muss am Wahlsonntag CDU und CSU wählen. Ich bitte Euch: Nutzt die verbleibenden Tage, um mit möglichst vielen Menschen ins Gespräch zu kommen. Werbt für die Union. Und ermutigt die Menschen, auch tatsächlich wählen zu gehen. Denn es kommt auf jede Stimme an.

Karl-Josef Laumann MdL
CDA-Bundesvorsitzender

PRISMA



Arbeitskreis

Bankangestellte sind Arbeitnehmer S.6

Managergehälter

Schluss mit dem Abkassieren S.6

Menschenhandel

Ausbeutung – in der Sexindustrie, Gastronomie und privaten Haushalten S.7

WAHLKAMPF



Aufruf

Angela Merkel an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer S.8

Unterwegs

Ein Tag im Wahlkampf mit Willi Zylajew S.12

Mitmachen!

Aktions-Tipps vor dem Endspurt S.13

ETHIK



Wegweiser

Die Kirchen äußern sich zur Krise S.15

Sozialenzyklika

SO! im Gespräch mit Karl Schiewerling MdB und Prof. Norbert Walter S.16

IMPRESSUM

Herausgeber

CDA Deutschlands
Oranienburger Str. 65
10117 Berlin

Redaktion

Martin Kamp,
Jeanette Klauza
Telefon: 030/92 25 11-194
Telefax: 030/92 25 11-2194
E-Mail: mkamp@cda-verlag.de

Gestaltung

iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Anzeigen

Telefon: 030/92 25 11-195
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de
Website: www.soziale-ordnung.de

Fotos BILDSCHÖN, Schmitz, Wirtz,
Schulte, Arnst, Tipi, Chaperon, stockxpert

Titel Chaperon

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen Abständen acht Mal im Jahr. Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Preis

Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Derzeit gültige Anzeigen-Preisliste vom 01. Januar 2009.

CDA ON TOUR



Armin Laschet verleiht Einbürgerungsurkunde S. 22

Uwe Schummer bei Federal-Mogul S. 23

Ralf Brauksiepe besucht KSK-Industrielackierungen in Niederheid S. 23

CDA INTERN



Silke Striezel wird 60 S. 25

Dieter Landskrone feiert seinen 65. Geburtstag S. 25

Rolf Schäfer wird Ehrenvorsitzender der CDA Oberberg S. 26

WieSO?!
SO! im Internet



In dieser Sozialen Ordnung antwortet erstmals jemand auf den ganz persönlichen Fragebogen der Sozialen Ordnung, nämlich Peter Wichtel S. 27

B Mehr Kurzinterviews, aber auch ständig aktuelle Glossen und Kolumnen im Blog der SO!:
www.soziale-ordnung.de.

Die Themen reichen von den Tücken des deutschen Mehrwertsteuerrechts bis zur Zukunft der Arbeit. Da heißt es: mitmachen! Jeder ist dazu aufgerufen, seinen Senf dazuzugeben und die Beiträge zu kommentieren.

Besonders praktisch: Ein Klick auf ein Stichwort (im Fachjargon: „Tag“) oben rechts reicht – und schon hat man alle Beiträge zu einem Thema untereinander stehen.

Druck Heider Druck GmbH

Mitgliederservice

Telefon: 030/92 25 11-120

Telefax: 030/92 25 11-2110

E-Mail: mitgliederservice@cda-bund.de

Verlag

CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

Geschäftsführer

Martin Kamp

FAMILIENMONITOR**Große Mehrheit für Elterngeld**

„An der Spitze der familienpolitischen Prioritäten der Bevölkerung steht die Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“ Das sagte die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Prof. Dr. Renate Köcher, bei der Vorstellung des „Familienmonitors 2009“. Gemeinsam mit Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen erläuterte die Meinungsforscherin die wichtigsten Ergebnisse der repräsentativen Befragung zur Situation der Familien in Deutschland. Familie und Beruf besser unter einen Hut kriegen – da sind nach Auffassung der Familien insbesondere auch die Unternehmen gefordert – machte Köcher klar. Die Beschäftigten wünschten vor allem flexible Arbeitszeiten. Eine deutliche Mehrheit der Befragten sagte, die Bedingungen für Familien mit Kindern hätten sich seit 2005 verbessert. Also eine Bestätigung für die Politik von Angela Merkel und Ursula von der Leyen. Das wird auch noch an einer weiteren Zahl deutlich: 77 Prozent der Befragten halten das Elterngeld für eine gute Regelung. ■

MANAGERGEHÄLTER**Schluss mit dem Abkassieren**

Schluss mit dem Schielen auf die kurzfristige Rendite und schamlosen Abkassieren: Bundestag und Bundesrat haben härtere Regeln für Managergehälter beschlossen.

Auf Vorschlag der CDU-geführten Bundesregierung ist nun gesetzlich geregelt, dass der Aufsichtsrat bei finanziellen Schwierigkeiten des Unter-

nehmens die Vergütung der Vorstände unter bestimmten Voraussetzungen nachträglich kürzen soll. Zudem sollen Bonuszahlungen und Aktienoptionen Anreize bieten, dass Vorstandsmitglieder sich nicht vorrangig am kurzfristigen Gewinnanstieg, sondern am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren. Konkret dürfen Aktienoptionen künftig erst nach vier und nicht schon nach zwei Jahren ausgeübt werden. ■

**ARBEITSKREIS****Bankangestellte sind Arbeitnehmer**

Die Bankangestellte, die der Rentnerin beim Ausfüllen des Überweisungsformulars hilft, hat mit dem Vorstandschef der Bank nichts zu tun. Sie kassiert kein üppiges Gehalt, keine Prämien und Boni. Und sie ist nicht für die Finanzkrise verantwortlich. Die große Mehrheit der Bankangestellten sind ganz

normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das will der „Arbeitskreis Banken und Sparkassen“ deutlich machen, der sich nun gebildet hat. In ihm arbeiten Beschäftigte aus der Kreditwirtschaft mit. „Wir wollen den Kolleginnen und Kollegen in der CDA eine Stimme geben und zugleich unsere Expertise in die inhaltliche Arbeit des Verbandes einbringen“, so Thorsten Kiwitz, der Sprecher des neu gegründeten AK. Von der Verantwortung der Bankmitarbeiter bei Anlage-Beratung und Verkauf bis zur Zukunft der Landesbanken will sich der AK in aktuelle Debatten einmischen. Wer mitarbeiten will, kann sich bei der CDA melden. ■

MENSCHENHANDEL**Ausbeutung - in der Sexindustrie, Gastronomie und privaten Haushalten**

Im Jahr 2007 registrierte das Bundeskriminalamt in Deutschland 689 Opfer von „Menschenhandel zum Zwecke sexueller Ausbeutung“ und 101 Opfer von „Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft“. Doch die tatsächlichen Zahlen dürften weit höher liegen. So schreibt das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIM) in einer gerade

vorgelegten Studie, dass zu 15.000 Menschen in Deutschland von Menschenhandel betroffen sein könnten. Die Opfer müssen als Prostituierte arbeiten, in der Gastronomie, als Haushaltshilfen und Reinigungskräfte. Heiner Bielefeldt, Direktor des DIM, sagte anlässlich der Vorstellung der Studie: „In Deutschland werden Opfer von Menschenhandel

vor allem als Zeugen gegen die Täterinnen und Täter gehört. Ihre eigenen Ansprüche geraten dabei häufig aus dem Blickfeld.“ Hier sei ein Perspektivwechsel erforderlich. Nur wenige der Betroffenen erhielten derzeit eine Entschädigung. Die Summen blieben dabei in der Summe häufig hinter dem zurück, was den Betroffenen zustehe. ■

LOHNSTEUER**DGB will „kalte Progression“ abbauen**

„Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind die Lastesel der Nation.“ Das sagt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in seinen kürzlich vorgelegten Eckpunkten zur Steuerpolitik. Diese Leistungsträger hätten die höchste Steuer- und Abgabenbelastung. Zur Stärkung des privaten Verbrauchs bedürfte es einer steuerlichen Entlastung durch die Einführung

eines linear progressiven Tarifs in der Lohn- und Einkommenssteuer. „Darüber hinaus sollte der kalten Progression über eine regelmäßige Anpassung des Tarifverlaufes an die Lohnentwicklung entgegengewirkt werden“, so der DGB weiter. Auch CDU und CSU haben in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl der kalten Progression den Kampf angesagt. ■

CDU UND CSU**Ja zum Kündigungsschutz!**

Die Vorsitzenden der CDU und CSU, Angela Merkel und Horst Seehofer, haben deutlich gemacht, dass sie klar zum Kündigungsschutz stehen. In einem Zeitungsinterview bekannte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Mindestlohnbeschlüssen der Großen Koalition. Angesprochen, ob sie im Falle einer Koalition die getroffenen Regelungen zurücknehmen würde, sagte die Kanzlerin: „Nein. Wir haben uns massiv für den Vorrang der Tarifautonomie eingesetzt und dabei gute Kompromisse gefunden. (...) Hinter den Lösungen, die wir gefunden haben, stehe ich voll und ganz.“ Merkel lehnte in dem Interview auch Änderungen beim Kündigungsschutz ab. Auch Horst Seehofer wandte sich unmissverständlich gegen ein „neoliberales Streichkonzert“ nach der Bundestagswahl. ■



Arbeit sichern – Zusammenhalt der Gesellschaft stärken

Am 27. September wird der Deutsche Bundestag gewählt. Diese Wahl ist eine Richtungsentscheidung – auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben seit 2005 viel für die Beschäftigten erreicht.

Bis zum Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise sind viele neue Arbeitsplätze entstanden. Die Zahl der Arbeitslosen ist bis zum Herbst vergangenen Jahres auf unter 3 Millionen gesunken. Nun geht es darum, die Folgen der Krise zu bewältigen. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Mein Dank gebührt der konstruktiven Rolle der Betriebs-

räte, aber auch der Personalräte. Gerade in der Krise zeigt sich, wie wertvoll die Mitbestimmung ist. Diese Krise führt uns klar vor Augen: Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft müssen auch international gelten. Ob Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte, Einhaltung von Sozialstandards oder Klimaschutz – all das lässt sich nur durch ein international abgestimmtes Vorgehen erreichen.

Wir arbeiten dafür, gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Unser Ziel ist es, nachhaltiges Wachstum zu schaffen, damit Arbeitsplätze gesichert werden und neue entstehen können. Aufgabe des Staates ist es

dabei, in Bildung und Forschung zu investieren, Zukunftsprojekte wie Umwelttechnologien, Elektroautos und Gesundheitswirtschaft voranzubringen. Durch nachhaltiges Wachstum entsteht „Arbeit für alle“. An diesem Ziel halten wir fest.

Wir wollen die Tarifautonomie als einen Garanten für die Stabilität des Standortes Deutschland stärken. Sie gehört unverzichtbar zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft. Der wichtigste Ansatzpunkt ist dabei, dass die Lohnfindung nicht verstaatlicht wird, sondern Aufgabe der Tarifpartner bleibt. Wer Vollzeit

arbeitet, soll in der Regel von seinem Einkommen leben können. Das werden wir beim Arbeitnehmerentendegesetz weiter gewährleisten. Mit dem Mindestarbeitsbedingungs-gesetz greifen wir dort ein, wo keine Tarifbindung vorhanden ist. Zur Verhinderung von Lohndumping wollen wir das Verbot sittenwidriger Löhne gesetzlich klarstellen.

Leistung muss sich lohnen – gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Es kann nicht richtig sein, wenn von Lohnerhöhungen immer weniger im Geldbeutel der Beschäftigten landet. Deswegen haben wir damit begonnen, Steuererhöhungen durch die Hintertür – die „kalte Progression“ – abzubauen. Auch in der kommenden Wahlperiode werden wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steuerlich entlasten.

Und weil wir Respekt vor der Lebensleistung der Menschen haben, werden wir das Schonvermögen für Langzeitarbeitslose, das der Altersvorsorge dient, erhöhen. Auch bei der Rente muss sich Leistung lohnen. Deshalb machen wir uns dafür stark, dass Bürgerinnen und Bürger, die ein Leben lang Vollzeit beschäftigt waren, eine Rente oberhalb des Existenzminimums erhalten – bedarfsabhängig ausgestaltet und aus Steuermitteln finanziert.

Wir stehen für den Zusammenhalt der Gesellschaft, für ein Miteinander der Generationen. Wir stehen

für den Schutz von Ehe und Familie und für Wahlfreiheit. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die Menschen Familie und Arbeit besser miteinander vereinbaren können. So haben wir das Elterngeld eingeführt und das Kindergeld erhöht. Den Weg werden wir fortsetzen – mit dem Teil-Elterngeld, mit einem höheren Kinderfreibetrag im Steuerrecht und mit einer Kindergelderhöhung, insbesondere für Mehrkind-Familien. Und wir investieren in die Kinderbetreuung. Ab 2013 gibt es einen Rechtsanspruch auf Betreuung für 1 – 3-jährige, verbunden mit einem Betreuungsgeld, sofern kein Krippenplatz in Anspruch genommen wird.

Wir setzen auf eine qualitativ hochwertige Betreuung.

Wir sind davon überzeugt: Noch immer wird der Dienst am Menschen im Vergleich zum Dienst an der Maschine zu wenig gewürdigt. Deswegen ist der Dienst am Menschen eines der Zukunftsprojekte von CDU und CSU: Dienst an Alten, die Pflege brauchen; an Kranken, die der Hilfe bedürfen; an Kindern und Jugendlichen, die Betreuung und Bildung benötigen. Wir wollen mehr Chancen und Arbeitsplätze in diesem Bereich, bessere Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten etwa für Altenpflegerinnen und Altenpfleger, für Krankenschwestern und Krankenpfleger, für Erzieherinnen und Erzieher.

Nicht nur in diesen Bereichen ist die Weiterbildung von großer Bedeutung. Mit dem Ausbau des Meister-Bafög, der Bildungsprämie

und dem Bildungssparen haben wir die Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen deutlich verbessert. Hier werden wir weitermachen – etwa mit der Insolvenz-sicherung von Lernzeitkonten. Wer sich qualifiziert und am Ball bleibt, hat dauerhaft bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Auch das trägt dazu bei, gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Nur die CDU steht für Wirtschaftskompetenz und soziale Vernunft auch in der Krise.

Die Erfahrung hat gezeigt: Es ist immer gut, wenn die CDU die Verantwortung trägt. Die CDU ist die Volkspartei der Mitte in Deutschland. In ihr bündeln sich politische Strömungen und unterschiedliche Interessen, die zum Wohle unseres Landes ihren Ausgleich in der Sozialen Marktwirtschaft finden: Freiheit, Wettbewerb und Leistung einerseits, Solidarität, soziale Verantwortung und Sicherheit andererseits werden dadurch verwirklicht.

Gerade in schwierigen Zeiten haben wir bewiesen, dass mit uns ein erfolgreicher Weg bei schwierigsten Bedingungen möglich ist. Auch heute können wir mit Tatkraft Deutschland aus der weltweiten Krise führen. Nutzen Sie die Tage bis zum 27. September, um möglichst viele Menschen von unserer Politik zu überzeugen. ■

Dr. Angela Merkel
Vorsitzende der CDU Deutschlands

Das etwas andere Duell

Von Managergehältern bis Mindestlöhnen: Laumann und Schlarman im Gespräch



Zwei Antipoden. Zwei, die für unterschiedliche Flügel der CDU stehen. Arbeiter, Maschinenschlosser der eine; promovierter Jurist, Wirtschaftsprüfer der andere. Zwei, die unterschiedliche Auffassungen vertreten. Und doch zwei, die sich verstehen – und die gar nicht so unterschiedlich sind, wie es auf den ersten Blick scheint. Karl-Josef Laumann, Bundesvorsitzender der CDA, und Dr. Josef Schlarman, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. Beide kommen aus der Landwirtschaft. Beide sind katholisch geprägt. Und beide sind im Münsterland zu Hause – der eine, Laumann, im westfälischen Teil; der andere, Schlarman, im Oldenburger Münsterland. Bei einer gemeinsamen Veranstaltung von CDA und MIT in Hannover trafen sie aufeinander. „Ein Duell der beson-

deren Art“ kündigte die Hannoveraner Bundestagsabgeordnete Rita Pawelski zu Beginn des Streitgesprächs an. Und das wurde es dann tatsächlich. Nicht, dass sie immer einer Meinung gewesen wären. Doch der Schlagabtausch war mehr ein Austausch von klugen Argumenten als von herben Schlägen.

Rita Pawelski moderierte das Gespräch charmant und kompetent. 15 Millionen Euro Abfindung für den scheidenden Arcandor-Chef – ein Skandal? „Die Verantwortung liegt bei den Aufsichtsräten. Man kann nicht alles nur bei der Politik abladen“, sagte Laumann. Schlarman ging noch weiter, kritisierte eine Verquickung von Aufsichtsräten und Vorständen. Deshalb gehöre die Entscheidung über die Vorstandsvergütungen vor die

Hauptversammlung. „Dann entscheiden die Eigentümer, und der Vorgang ist öffentlich.“

Mindestlöhne? Klar, dass für den MIT-Vorsitzenden ein gesetzlicher Mindestlohn nicht in Frage kommt. Aber auch der CDA-Vorsitzende setzt nicht auf staatlich festgelegte Löhne, sondern auf die Tarifpartner. „Es ist allerdings schon richtig, die Tariflöhne dann in bestimmten Branchen für allgemeinverbindlich zu erklären!“

Rente mit 67, gar 69, wie die Bundesbank vorschlägt? Karl-Josef Laumann warnte davor, die Menschen mit Spekulationen über eine erneute Anhebung des Renteneintrittsalters zu verunsichern. Auch Schlarman bestritt nicht, dass ein Dachdecker mit knapp 70 nicht mehr arbeiten kann. Aber: „Ich werde bald 70 – und sehe mich durchaus in der Lage, noch leichte Büroarbeiten zu verrichten“, sagte der MIT-Chef schmunzelnd. Große Übereinstimmung signalisierten die beiden Vorsitzenden in grundsätzlichen Fragen. Beide forderten einen Ordnungsrahmen für die Marktwirtschaft. So konnte der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende Rainer Lensing zufrieden resümieren: „Es hat sich einmal mehr gezeigt: Die CDU ist Volkspartei“. Und Rita Pawelski freute sich darüber, „dass in der CDU Arbeitnehmer und Arbeitgeber miteinander und nicht gegeneinander arbeiten.“ ■

Arbeitnehmerkonferenz in Chemnitz

Einen herzlichen Empfang bot der CDA-Kreisverband Chemnitz dem CDA-Bundesvorsitzenden Karl-Josef Laumann. Bei Schmalzbrot und Gulaschsuppe wurde, trotz Hitze, angeregt und sachlich über aktuelle Themen der Sozialpolitik diskutiert. Der Einladung in den ver.di-Stützpunkt Chemnitz folgten neben CDA- und CDU-Mitgliedern auch die Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann und interessierte Gewerkschafter.

Laumann wies in seinen einleitenden Worten auf die besondere Situation der sozialen Sicherungssysteme in den jungen Bundesländern hin. Niedrige Löhne, geringe Tarifbindungen und der drastische demografische Wandel benannte der Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen als Gründe für sozialen Abstieg und Altersarmut. ■

„Der Oberblockierer heißt Franz Müntefering!“

Deutliche Worte fand der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann zum Thema „Schonvermögen“ bei der CDA-Arbeitnehmerkonferenz in Heusenstamm. Er machte die SPD dafür verantwortlich, dass die Vermögensfreigrenzen noch nicht angehoben worden seien. „Die Blockierer sitzen seit Jahren im Bundesarbeitsministerium.

Und der Oberblockierer heißt Franz Müntefering!“

Laumann war in den Wahlkreis Offenbach gekommen, um Peter Wichtel zu unterstützen. Der Fraport-Betriebsratsvorsitzende kandidiert dort erstmals für den Bundestag. „Ich freue mich riesig, dass die CDU einen Betriebsratsvorsitzenden eines Unternehmens mit 12.000 Beschäftigten aufgestellt hat“, so Laumann. Das zeige, dass die Union Volkspartei sei. Bei der Europawahl habe sie aus der Arbeitnehmerschaft die stärkste Unterstützung gehabt. Das müsse bei der Bundestagswahl wieder so werden. ■

Der Ehrenvorsitzende im Einsatz



Die CDA unterstützt nicht nur den Bundestagswahlkampf der CDU. Da im Saarland, in Sachsen und in Thüringen am 30. August zusätzlich neue Landtage gewählt wurden, setzte sich die CDA auch hier für den Erfolg der CDU ein. Der Ehrenvorsitzende der CDA Deutschlands, Rainer Eppelmann, ließ es sich nicht nehmen, den Wahlkampf von CDA und CDU aktiv zu unterstützen. So reiste der Bürgerrechtler ins Grüne

Herz Deutschlands, nach Thüringen, um dort Kandidatinnen und Kandidaten für die anstehenden Bundestags- und Landtagswahlen zu unterstützen. Begleitet von herrlichem Sommerwetter und guter Laune warb der Vorsitzende der Stiftung Aufarbeitung für nichts Geringeres als die Demokratie. Auf seinen Stationen, angefangen von Point Alpha in der Rhön, über Eisenach, dem Heldrastein, der Grenzgedenkstätte Heinersdorf, dem ehemals geteilten Mödlareuth bis nach Probstzella fand er viele interessierte Zuhörer, die seinen Ausführungen aufmerksam folgten. ■

Arbeitnehmerkonferenzen in Gelsenkirchen und Berlin

Nach den Veranstaltungen in Chemnitz, Heusenstamm und – gemeinsam mit der MIT – in Hannover finden in diesen Tagen noch zwei weitere Arbeitnehmerkonferenzen mit dem CDA-Bundesvorsitzenden statt: Am 14. September 2009 um 18.00 Uhr in Berlin, Gropiuspassagen, und am 17. September 2009 um 18 Uhr in Gelsenkirchen. In Gelsenkirchen sprechen neben Karl-Josef Laumann der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Dr. Ralf Brauksiepe und der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Meckelburg. In Berlin-Neukölln will die CDA die Kandidatin Stefanie Vogelsang dabei unterstützen, das Direktmandat zu holen.

Auf Achse im Wahlkreis Ein Tag mit Willi Zylajew im Wahlkampf vor Ort



Mehr als 1.500 Gäste sind zu der Veranstaltung mit dem Bundeswirtschaftsminister gekommen, die Willi Zylajew und sein Team über Wochen hinweg vorbereitet hatten.

Dienstagmorgen 8.18 Uhr. Willi Zylajew holt mich am Köln-Bonner Flughafen ab. Er begrüßt mich mit einer Zahl: „1.040“ – so viele Menschen haben sich zu einer Veranstaltung mit Wirtschaftsminister zu Guttenberg in seinem Wahlkreis angemeldet. Willi freut sich. „Wir hatten mit 600 geplant. Und es sind noch acht Tage bis zu dem Termin.“ Aber wo kriegt man so viele Leute unter? Willi zeigt es mir. Wir fahren zu einem Speditionsunternehmen mit einer riesigen Halle.

8.43 Uhr. Blitzbesuch in der CDU-Kreisgeschäftsstelle in Frechen. „1.081“. Kreisgeschäftsführer Michael Arntz ruft Willi den aktuellen Anmeldestand zu. „Haben wir genug Parkplätze?“ Willi kümmert sich auch um Details. Dann auf zum nächsten Termin.

9.11 Uhr. Dank Freisprechanlage telefoniert Willi auch im Auto mit seinem Berliner Büro – das Tagesgeschäft eines Bundestagsabgeordneten: Terminanfragen, Bürgerbriefe, Pressemitteilungen abstimmen.

Weiter zu einer Veranstaltung mit Julia Klöckner, CDU-Verbraucherbeauftragte. Die Diskussion mit den Landwirten findet auf einem Bauernhof statt.

Doch wo ist der? Das Navi

angegebene Adresse nicht. Zylajew macht sich telefonisch schlau. Glück gehabt! Wir schaffen es, rechtzeitig vor Ort zu sein. Eine Reporterin von Radio Erft fängt Willi für ein Interview ab und erzählt ihm, dass Michael Schumacher sein Comeback abgeblasen hat.

Für die Bauern ist an diesem Tag anderes wichtig: „Warum ist der Milchpreis so niedrig?“ „Warum muss ich meine selbst gemachte Marmelade Konfitüre nennen?“ – Obwohl auf Klöckner und Zylajew Anschlussstermine warten, nehmen sie sich für jede Frage Zeit.

13.38 Uhr. Als Willi wieder in der Geschäftsstelle eintrifft, liegt die Zahl der Zusagen bei 1.162. Mit seiner Crew plant er den Ablauf minutiös – vom Catering über die Blaskapelle bis zum Sicherheits-Check.

Zeit für Büroarbeit am Nachmittag.

18.01 Uhr. Das Kern-Wahlkampf-Team kommt zusammen. Im Mittelpunkt stehen die über 60.000 Hausbesuche, die Willi und seine Helfer planen. Hier wird deutlich, wie stark die Unterstützung vor Ort ist. Rund 500 der über 3.000 Parteimitglieder der CDU Rhein-Erft sind bei den Hausbesuchen dabei und stellen sicher, dass jedem Bürger ein Apfel überreicht wird. Tausende Äpfel müssen gelagert, gekühlt und immer rechtzeitig in die einzelnen Orte des Wahlkreises gebracht werden. „Nehmt immer nur so viele Äpfel mit, wir Ihr an einem Tag braucht, damit die Früchte nicht schlecht werden“, mahnt Willi Zylajew.



Rede und Antwort stehen: Gespräche mit Journalisten gehören zum Tagesgeschäft eines Abgeordneten

20.12 Uhr. Schluss für heute. Zylajew lädt seine Truppe noch zu einem Kölsch ein. Doch auch in der Kneipe managt er seinen Wahlkampf per Handy weiter. Er organisiert den Auf- und Abbau der Stühle bei der Veranstaltung mit dem Wirtschaftsminister. Da braucht er viele fleißige Hände. Denn die Zahl der Anmeldungen hat die 1.200-Grenze inzwischen geknackt. ■

Mitmachen im Wahlkampf-Endspurt! Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Merkel



Mit Arbeitnehmer-Themen im Wahlkampf punkten - das ist das Ziel der CDA-Flyer. So wie hier im Saarland, wo die Bundestagsabgeordnete Anette Hübinger, CDA-Hauptgeschäftsführer Martin Kamp und CDA-Bundesvorstandsmitglied Martina Stabel-Franz (v.l.) Infomaterial verteilen.

Betriebsbesichtigungen, Infostände, Hausbesuche – viele CDA-Kolleginnen und Kollegen engagieren sich in diesem Bundestagswahlkampf. Sie alle wissen: Es ist auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Beste, wenn Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt. Unsere Bitte: Nutzt die verbleibenden knapp zwei Wochen! Sprecht mit Freunden, Bekannten, Kollegen! Macht mit bei unserer Internet-Aktion „Ich wähle Merkel, weil...“. Unterstützt Eure Bundestagskandidatinnen und -kandidaten – zum Beispiel mit Ver-

teilaktionen vor Betriebstoren. Die CDA-Hauptgeschäftsstelle unterstützt Euch gern, damit Ihr vor Ort tätig werden könnt – zum Beispiel mit Info-Material. Ihr könnt bei uns kostenlos Flyer im Din-lang-Format zu drei verschiedenen Themen anfordern („Mehr Netto für die Arbeitnehmer“; „Von den Früchten der Arbeit leben“; „Weiterbildung/Dienst am Menschen“). Außerdem haben wir ein vierseitiges Info-Heft im A-4-Format, unseren beliebten Flyer „Gesund arbeiten“ und Beitrittsformulare im Angebot.

Obendrein gibt's Argukarten und Kopfbögen, die als Rahmenflugblätter genutzt werden können. Am besten noch heute die benötigte Stückzahl bei uns anfordern, damit die Sachen rechtzeitig zum Wahlkampf-Endspurt da sind! ■



Prominente Unterstützung: CDA-Kollege Peter Jacoby (im Bild ganz rechts), stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister des Saarlandes, wirbt gemeinsam mit weiteren CDA'lern in der Saarbrücker Innenstadt für die CDU.

Weitere Informationen

➤ info@cda-bund.de, oder Telefon 030 / 922511140 oder CDA, Oranienburger Straße 65, 10117 Berlin.

Übrigens: Aktuelle Infos, Mitmach-Aktionen und Tipps auf unserer Homepage ➤ www.cda-bund.de

Bildung gegen die Krise In Menschen investieren, nicht an der Börse spekulieren

Die Weltwirtschaftskrise zwingt zum Umdenken. Über 20 Jahre ging es darum, den Wert der Arbeit zu drücken. Entlassungen, Billiglöhne oder Frühverrentungen führten zur massenhaften De-Qualifizierung. Konsequenz dieser von vielen Wirtschaftsweisen mitgetragenen Irrlehre ist, dass nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft jährlich 18,5 Mrd. Euro an Aufträgen verloren gehen, weil Fachkräfte fehlen. Wachstumsverluste durch mangelnde Ausbildung verstärken die ohnehin durch die Weltwirtschaftskrise gebeutelten deutschen Unternehmen.

Nicht Entlassungen sondern die Sicherung von Beschäftigung führen uns gestärkt aus der Krise. Dazu gehört die umfassende und unbürokratische Anwendung der Kurzarbeit. 1,4 Millionen Arbeitnehmer erhalten Kurzarbeitergeld. Das Instrument ist für alle Unternehmen offen, unabhängig von ihrer Größe. So ist es gelungen, den Arbeitsmarkt in Schach zu halten. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 3,5 Millionen. Noch im Jahre 2005 betrug sie 5,2 Millionen und dies ohne Weltwirtschaftskrise.

Die Kurzarbeit kann mit Qualifizierung kombiniert werden. Leider wird dies nur von 38.000 Arbeitnehmern genutzt. Gering qualifizierte Arbeitnehmer können sich in der Kurzarbeit teilqualifizieren oder einen Berufsabschluss

nachholen. Die Arbeitsagentur erstattet alle Lehrgangsgebühren und bezuschusst Fahrt- und Kinderbetreuungskosten. Für qualifizierte Arbeitnehmer werden neben beruflicher Fortbildung auch Einblicke in andere Berufe oder Fremdsprachen finanziert. Die Förderung liegt zwischen 25 und 80 Prozent der Kosten. Sie richtet sich nach Art der Qualifizierung, der Betriebsgröße und dem Bildungsstand des Beschäftigten.

Für betriebliche Zeitkonten wurde der Insolvenzschutz verbessert. Seit Januar 2009 müssen Zeitkonten als Wertguthaben auf Entgeltbasis geführt werden. Eine verlässliche Sicherung der angesparten Guthaben ist vom Arbeitgeber nachzuweisen. Kontrolliert wird dies durch die Deutsche Rentenversicherung. Wer zu einem Arbeitgeber wechselt, der keine Zeitkonten anbietet, kann das Guthaben auf die Deutsche Rentenversicherung übertragen.

2,5 Millionen Beschäftigte besitzen Zeitguthaben im Wert von 12,5 Milliarden Euro. Oft sind es jedoch nur Kurzzeitkonten. Sinnvoll wären Langzeitkonten, die für Bildungszeiten, für Elternmonate oder für einen vorzeitigen Renteneinstieg genutzt werden könnten. Wie wichtig dies ist, zeigt die Insolvenz der Siemens-Tochter BenQ. Überstunden im Wert von fünf Millionen Euro gingen verloren. Die Krise lehrt: Ar-

beitnehmer sind nicht nur Kostenfaktoren; sie sind die Aktivposten unseres Landes. Es ist besser in Menschen zu investieren als an der Börse zu spekulieren. ■



PORTRÄT

Uwe Schummer wurde 1957 geboren. Er war 1998 bis 2002 stellvertretender Hauptgeschäftsführer der CDA Deutschlands, von 1996 bis 2002 Chefredakteur der SO! und von 1989 bis 2002 Pressesprecher der CDA Deutschlands. Schummer ist Mitglied im CDA-Bundesvorstand und seit 2004 stellvertretender Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In seiner Funktion als Bundestagsabgeordneter ist der Bereich Bildung ein wichtiger Schwerpunkt.

Wegweiser Die Kirchen äußern sich zur Krise



Die erste Sozialzyklika „Caritas in Veritate“ von Papst Benedikt XVI. war lange erwartet und aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise zunächst verschoben worden. Seit Anfang Juli liegt sie vor. Wenige Tage zuvor hatte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ihr Papier „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ vorgestellt. Und auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) meldete sich mit einem „Zwischenruf“ zu Wort. Alle Papiere wollen in der aktuellen Krise ein Stück Orientierung liefern.

Der Papst setzt Zeichen und Orientierung in der schwierigen Zeit der Wirtschaftskrise für alle, die Verantwortung tragen – ob in der Politik, in der Wirtschaft, in Gewerkschaften und Verbänden, ob als Finanzanleger oder Verbraucher. Er widmet sich den großen gesell-

schaftlichen und sozialen Themen. Die SO! hat mit dem Bundestagsabgeordneten Karl Schiewerling und mit dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Professor Norbert Walter, über das Lehrschreiben des Papstes gesprochen (siehe S. 16) Eine Zusammenfassung und Kurzbewertung der Enzyklika von Josef Zolk findet sich im Internet auf www.soziale-ordnung.de/2009/07/die-enzyklika.

Das Wort des Rates der EKD rückt die Schwächsten in den Mittelpunkt: „Für die wachsende Zahl von Armen ist es besonders hart“, schreibt der Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber schon im Vorwort. Die EKD zeigt über allen konkreten politischen Handlungsbedarf hinaus auf, wie wichtig Vertrauen für Wirtschaft und Gesellschaft ist. Dr. Michael Franz nimmt auf Seite 20 eine Einordnung des Textes vor.

Auch der „Zwischenruf“ des Sachbereichs „Gesellschaftliche Grundfragen“ des ZdK betont die Verantwortung des Einzelnen. „Auch eine geordnete Marktwirtschaft kann nicht funktionieren, wenn die einzelnen wirtschaftlichen Akteure meinen, frei von moralischen Selbstverpflichtungen und ohne gesamtgesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein handeln zu können“, heißt es in dem Text, den DGB- und CDA-Vize Ingrid Sehrbrock kürzlich gemeinsam mit Peter Clever von der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände präsentiert hat. Das Papier trägt den Titel: „Marktwirtschaft – nicht ohne Ethik, nicht ohne Regeln!“



Ingrid Sehrbrock hat am „Zwischenruf“ des ZdK mitgearbeitet.

Das ZdK will mit dem „Zwischenruf“ die Unternehmensethik stärker in den Blick nehmen. In einer wertorientierten Unternehmensethik, unterstützt von ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, die ethisches Handeln ermöglichen und belohnen, sehe man den Schlüssel für Erfolg und Anerkennung der Sozialen Marktwirtschaft. Konkret fordert das ZdK unter anderem die Stärkung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung. ■

„Ohne Moral fliegen uns die Brocken um die Ohren“ Karl Schiewerling über die neue Sozialzyklika, christlich-soziale Grundsätze sowie seinen Vater und Nikolaus Groß



PORTRÄT

Karl Schiewerling wurde am 18. Mai 1951 geboren. Er ist gelernter Industriekaufmann. 1978 wurde er Bundessekretär des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, 1984 wechselte der Diözesansekretär zum Diözesanverband Münster des Kolpingwerkes. Seit der Bundestagswahl 2005 vertritt er den Wahlkreis Coesfeld-Steinfurt II im Deutschen Bundestag. Im Parlament ist er Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Seit 1972 ist Karl Schiewerling CDA-Mitglied, seit 2007 gehört er auch dem Bundesvorstand der CDA an. Karl Schiewerling ist verheiratet und hat drei Kinder.

SO: Karl, der Papst hatte seit Längerem eine neue Sozialzyklika angekündigt, im vergangenen Monat wurde sie veröffentlicht: „Caritas in Veritate“. Was ist für Dich die wichtigste Botschaft dieses Textes?

Schiewerling: Besonders beeindruckend finde ich, mit wie viel Optimismus, Hoffnung und Zutrauen in die Menschen Benedikt auf die großen Probleme der Zeit eingeht – von der Finanzkrise bis zum Hunger in der Welt. Der Grund der Hoffnung und seine Botschaft: Jesus Christus ist mit uns.

SO: Rechnet der Papst mit der Globalisierung ab?

Schiewerling: Nein, er ist keineswegs gegen die Globalisierung. Aber er geißelt die Gier, den Kampf um das Goldene Kalb. Dem Papst geht es um Gerechtigkeit. Dabei ist Gerechtigkeit kein Zustand, sondern eine Tugend. Er bindet die Globalisierung an ethisches Verhalten.

SO: Was bedeutet das?

Schiewerling: Das heißt, dass es nicht nur auf die Strukturen ankommt. Jeder Einzelne muss sich moralisch verhalten – sonst fliegen uns die Brocken um die Ohren. Das hat die Finanzmarktkrise gezeigt.

SO: Das klingt gut. Aber Unternehmen stehen im Wettbewerb und

müssen Gewinne machen. Können sie sich Moral überhaupt leisten?

Schiewerling: Ja, das können sie. Und das ist sogar die Regel. Nichts gegen Kapitalgesellschaften. Aber mein Idealbild ist der inhabergeführte mittelständische Betrieb – so wie bei mir im Münsterland. Da gehen die Kinder des Chefs mit den Kindern der Arbeitnehmer zusammen in die Schule. Der Chef kann und will es sich da gar nicht erlauben, seine Leute nicht anständig zu behandeln. Gewinnmaximierung als Selbstzweck und ohne Rücksicht auf die Mitarbeiter findet da nicht statt.

SO: Der Appell an moralisches Verhalten – richtet der sich nur an die Unternehmer?

Schiewerling: Keineswegs. Wir müssen alle Marktteilnehmer sehen, auch Verbraucher und Anleger. Darauf weist der Papst ausdrücklich hin. Jeder muss sich anständig verhalten. Ohne Ethik geht es nicht. Das fängt schon in der Pommis-Bude an. Wenn ich eine Curry-Wurst kaufe, muss ich mich darauf verlassen können, dass das Fleisch in Ordnung ist. Und der Verkäufer muss darauf vertrauen, dass ich mir nicht die Wurst schnappe und davon renne, ohne zu bezahlen. So ist das in vielen Bereichen der Wirtschaft. Das nenne ich das Curry-Wurst-Theorem. Ohne Vertrauen und Verantwortung geht es nicht.

SO: Also spielen Strukturen überhaupt keine Rolle?

Schiewerling: Doch. Benedikt XVI. wird in der Enzyklika an einer Stelle ganz konkret. Er fordert nämlich eine Instanz auf Weltebene für die Finanzmärkte. Der Papst nennt dies Weltautorität.

SO: Ist das nicht illusorisch?

Schiewerling: Nein. Im Kern geht es doch um das, wofür sich auch Angela Merkel im Rahmen der G 20 engagiert – nämlich um eine Ordnung für die internationalen Finanzmärkte

SO: Handlungsbedarf besteht nur auf internationaler Ebene?

Schiewerling: Nein. Wir müssen bei uns vor allem dafür sorgen, dass jeder arbeiten, für sich sorgen, seine Potenziale nutzen kann. Jeder muss das tun, was er kann.

SO: Bloßes Alimentieren ist also nicht christlich-sozial?

Schiewerling: Nein. Wenn jemand auf Hilfe angewiesen ist, soll er auch Hilfe bekommen. Ihn aber lediglich zu alimentieren – das hat nichts mit Würde zu tun.

SO: Würde ist ein großes Wort. Aber berufen sich darauf nicht alle?

Schiewerling: Für uns steht die Würde der Person im Mittelpunkt, weil die Person Gottes Geschöpf ist. Das ist Grundlage des christlichen Menschenbildes. Das sagen so nur wir, die Christdemokraten und Christlich-Sozialen.

SO: Wie bist Du zum Christlich-Sozialen geworden?

Schiewerling: Ich habe das christlich-soziale Denken gewissermaßen mit der Muttermilch aufgesogen. Mein Vater war beim Christlichen Metallarbeiterverband beschäftigt. Im Dritten Reich durfte er dann nicht weiter arbeiten, weil er sich weigerte, für die Nazi-Gewerkschaft tätig zu sein. Nach dem Ende von Krieg und Diktatur hat er die IG Metall und die CDU mitbegründet. Er hat seit 1940 bis 1965 als Bezirkssekretär der KAB in Essen gearbeitet. Von 1940 bis 1945 unter Lebensgefahr.

SO: Hatte Dein Vater Verbindungen zum Widerstand?

Schiewerling: Ja. Drei Monate, bevor Nikolaus Groß von der Gestapo abgeholt wurde, war er bei meinen Eltern zuhause. Nikolaus Groß wollte, dass mein Vater in der Zeit nach einem erfolgreichen Attentat gegen Hitler eine leitende Funktion in der Stadt übernimmt. Mein Vater hat deutlich gesagt, dass er das täte. Weil er es aber nur mündlich gesagt hat, tauchte er in keiner Liste auf – was ihn womöglich vor dem KZ bewahrt hat.

SO: Anders als Nikolaus Groß.

Schiewerling: Ja, anders als der Gewerkschafter und KABler Nikolaus Groß. Er wurde nach dem 20. Juli verhaftet, zum Tode verurteilt und im Januar 1945 erhängt. Papst Johannes Paul II. hat ihn im Jahr 2001 seliggesprochen.

SO: Nikolaus Groß und auch Dein Vater – christlich-soziale Helden?

Schiewerling: Sie sahen sich selbst gar nicht so. Sie waren auch von Selbstzweifeln besessen. Nikolaus Groß fragte meinen Vater bei einem Besuch: Richard, glaubst Du, dass wir die Kraft haben, für unseren Glauben in den Tod zu gehen? Mein Vater bezweifelte das. Und auch Nikolaus Groß sagte, dass er wohl nicht die Kraft haben werde. Auch die, die manchmal zweifeln, aber doch bei ihren Grundsätzen bleiben, sind Helden. Mein Vater hatte wohl an der Hinrichtung von Nikolaus Groß sehr zu tragen. Auch und gerade vor dem Hintergrund dieses Gesprächs.

SO: Was ist die wichtigste Lehre aus den Erfahrungen mit den Diktaturen in diesem Jahrhundert?

Schiewerling: Es kommt darauf an, die Würde der Person in den Mittelpunkt zu stellen: das christliche Menschenbild. Wir Christdemokraten und Christlich-Sozialen vertreten keine Ideologie.

SO: Der Sozialismus ist gescheitert, das neoliberale Kartenhaus ist zusammengebrochen. Schlägt jetzt die Stunde der Christlich-Sozialen?

Schiewerling: Gewiss haben wir Christlich-Sozialen vieles beizusteuern, um unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Dazu müssen wir unsere Kräfte bündeln. Deshalb will ich mich persönlich für eine engere Zusammenarbeit der christlich-sozialen Verbände einsetzen. ■

„Ich sehe mich selbst als Missionar“ Norbert Walter über Papst Benedikt XVI., die Eigenkapitalrendite der Deutschen Bank und sein Engagement als Katholik

SO: Herr Prof. Walter, Papst Benedikt hat die Enzyklika „Caritas in Veritate“ vorgelegt. Was ist für Sie die wichtigste Botschaft dieses Lehrschreibens?

Walter: In seiner Botschaft ruft der Papst dazu auf, den Prozess der Globalisierung zu gestalten, anstatt ihn zu bekämpfen. Ich freue mich darüber, dass er sich als Sympathisant der „Explosion der weltweiten Abhängigkeit“ bekennt und die vielfältigen Gewinne aus diesem Prozess anerkennt. Dabei betont er aber auch, dass die Globalisierung nicht nur dem Wohle Einzelner dienen darf – um Legitimität zu erlangen, muss das Allgemeinwohl der Endzweck dieses Prozesses sein.

SO: Benedikt spricht von der Regulierung der Finanzbranche, von der „Dringlichkeit einer Reform der internationalen Wirtschafts- und Finanzgestaltung“. Brauchen wir einen neuen Ordnungsrahmen für den Finanzsektor? Und wenn ja: welchen?

Walter: Der Papst kritisiert zu Recht die bestehende internationale Finanzordnung, denn eine Ordnung, die eine solche Bezeichnung verdient, ist bislang ja kaum existent. Internationale Spielregeln werden gebraucht, um einen geordneten Wettbewerb unter den Finanzinstitutionen zu ermöglichen. Ich warne



aber vor einer Überregulierung – was wir benötigen, ist eine international wirkungsvolle Finanzaufsicht, damit nicht neue Blasen entstehen.

SO: Die Finanzkrise hat die Realwirtschaft erreicht. Welche Verantwortung tragen die Banker dafür, dass nun Hunderttausende Job und Einkommen verlieren?

Walter: Einige Banker haben in der Vergangenheit Risiken unterschätzt oder sogar bewusst in Kauf genommen. Die Verantwortung für die Krise verteilt sich aber auf viele Schultern: Auch Finanzaufsicht und Ratingagenturen haben in ihrer jeweiligen Funktion versagt. Und nicht zuletzt die Haushalte – insbesondere in den USA oder in Irland – haben sich hoch verschuldet, ohne die Rückzahlungsverpflichtung zu bedenken.

SO: Der Papst betont: „Die Wirtschaft braucht für ihr korrektes Funktionieren die Ethik.“ Wie passen Markt und Moral zusammen?

Walter: Sie passen nicht nur zusammen, sie hängen existenziell voneinander ab: Ohne Moral ist der Markt nicht zu gestalten, weil das Vertrauen der Akteure zueinander fehlt – ethisches Handeln nutzt aber langfristig allen Marktakteuren, da es zukünftige Kooperation fördert. Andererseits ist es schwer, eine gemeinsame Moral zu entwickeln, wenn es an Marktmechanismen fehlt, die für allgemeinen Wohlstand sorgen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass in den sozialistischen Gesellschaften nicht mehr der Mensch im Mittelpunkt stand, sondern der Systemerhalt.

SO: Steht unsere Marktwirtschaft auf der Kippe? Geht es inzwischen nicht um viel mehr als nur um Finanzmarktregulierung, Bankenschutzschirme und Konjunkturpakete?

Walter: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Märkte gestört. Dennoch ist die bestehende Wirtschaftsordnung alternativlos und hat uns in der Vergangenheit große Einkommenssteigerungen ermöglicht.

Derzeit muss der Staat die Konjunktur stützen. Dies darf aber nur in Grenzen geschehen – verbunden mit dem Ziel, unter geänderten Rahmenbedingungen nach der Krise wieder den Marktkräften das Spielfeld zu überlassen.

SO: Benedikt schreibt: „Eine der größten Gefahren ist sicher die, dass das Unternehmen fast ausschließlich den Investoren gegenüber verantwortlich ist.“ Und weiter: „In den vergangenen Jahren war eine Zunahme einer kosmopolitischen Klasse von Managern zu beobachten, die sich oft nur nach den Anweisungen der Hauptaktionäre richten.“ Also eine klare Absage an den „Shareholder-Value“. Wie rechtfertigen Sie vor diesem Hintergrund die berühmten 25 Prozent Eigenkapitalrendite, die sich die Deutsche Bank zum Ziel gesetzt hatte?

Walter: Dass Unternehmenseigner nach einer angemessenen Verzinsung ihres Eigenkapitals streben, ist sachgerecht. Wenn geschäftliche Risiken klein sind, das haftende Eigenkapital also klein sein kann, kann die Eigenkapitalrendite hoch sein. Die Finanzmarktkrise hat aber deutlich gemacht, dass oftmals mit dem Finanzmarktgeschäft beachtliche Risiken verbunden sind, die größeres Haftungskapital erfordern. Somit wird es im Wettbewerb schwerer, die hohen Eigenkapitalrenditen der letzten Jahre weiter zu verdienen. Und wenn diese durch die Finanzierung Gewinn bringender Projekte entsteht, stelle ich dies moralisch auch nicht infrage.

SO: Der Papst betont auch die „Würde der Arbeit“. Dazu gehörten auch „würdige Verhältnisse für die in Rente eingetretenen Arbeitnehmer“. Nun sind weltweit Millionen von Menschen um ihre Altersvorsorge geprellt worden. Ist der Hype um die Privatvorsorge entzaubert? Spricht nicht alles dafür, wieder mehr auf die umlagefinanzierte gesetzliche Rente zu setzen?

Walter: Von Entzauberung der Privatvorsorge kann keine Rede sein – die kapitalgedeckte Altersvorsorge sollte im Gegenteil noch verstärkt werden. Sie muss jedoch eine ausreichende Risikostreuung und einen langfristigen Anlagehorizont aufweisen. Die Umlagefinanzierung ist wegen des demografischen Wandels entweder mit unverträglichen Beitragssteigerungen, massiven Rentensenkungen oder dramatischer Erhöhung des Renteneintrittsalters verbunden.

SO: Ein besonderer Schwerpunkt der Enzyklika liegt auf den Entwicklungs- und Schwellenländern. Wie ist denen am besten geholfen?

Walter: Den Entwicklungs- und Schwellenländern muss international mehr Einfluss zugestanden werden – die Konstituierung der G-20 ist ein erster Schritt in diese Richtung. Die globalen Herausforderungen der Krise und in der Klimapolitik erfordern dringend gemeinsame Lösungen wie etwa Technologietransfers in diese Länder und verbindliche Klimaziele. ■



PORTRÄT

Norbert Walter wurde am 23. September 1944 geboren. Nach dem Abitur studierte er Volkswirtschaftslehre. Im Jahr 1971 wurde er promoviert. Er arbeitete von 1971 bis 1986 am Institut für Weltwirtschaft Kiel, seit 1978 als Professor und Direktor. 1987 wurde er Ökonom in der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Deutschen Bank. Seit 1990 ist Norbert Walter Chefvolkswirt der Deutschen Bank Gruppe. Zugleich ist er engagierter Laienkatholik. So gehört er dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken an. Norbert Walter ist verheiratet und Vater von zwei Töchtern.

Der Zusammenbruch war unausweichlich Zur neuen EKD-Denkschrift „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“



PORTRÄT

Dr. Michael Franz ist Ministerialrat in der saarländischen Landesverwaltung und Beisitzer im Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

In seinem Wort „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ erinnert der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit Blick auf das vor zwei Jahren unvorstellbare Zusammenbrechen des internationalen Finanzmarktes an eine biblische Metapher. Im 30. Kapitel des Jesajabuches kleidet der Prophet seine Botschaft vom Verhängnis seines Volkes in das Bild eines Risses (Jes 30,13), der sich, zunächst kaum sichtbar, immer in eine hohe Mauer frisst, bis der Mörtel rieselt, der die Steine hält, ja, bis am Ende die ganze Mauer einstürzt. Aus prophetischer Sicht ist der Zusammenbruch deshalb unausweichlich,

weil das Volk sich auf falsche Sicherheiten verlassen hat und den lebensdienlichen Geboten nicht gefolgt ist. Falsche Sicherheiten unserer Tage – das war das Vertrauen in die „unsichtbare Hand“ der freien Marktwirtschaft. Der Verstoß gegen die lebensdienlichen Gebote war vor allem die Gier nach Gewinnen in der Bankenwelt, aber auch die Dominanz der Ökonomie im Allgemeinen, die bis zur Aushöhlung der Sonntagsruhe und zur Durchführung so genannter „Weihnachtsmärkte“ am Totensonntag führte.

Ausgehend von diesem Bild entwickelt die EKD konkrete Vorschläge zur Gestaltung der Weltwirtschafts- und -finanzmarktordnung. Zentrale Empfehlung ist: „Zur Gestaltung der fortschreitenden Globalisierung bedarf es weltweit gültiger Spielregeln. Dabei sollte das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft die globalisierten Entwicklungen auch international prägen.“ Sie erinnert explizit an die „verbesserte Legitimationsgrundlage“ für Geber dieser Regeln und für deren Hüter, etwas, was in der öffentlichen Debatte mehr Beachtung finden sollte. Dies ist nämlich die Achillesferse dieses Vorschlages.

Aber warum soll es diese Regeln geben? Warum soll nicht weitgehende Vertragsfreiheit bestehen, wie es bislang wissenschaftlicher und politischer Mainstream war? Martin Luther hat einen Gedanken aus dem

Römerbrief (Röm 7, 21-23) auf die Formel gebracht, dass der Mensch Gerechter und Sünder zugleich ist. Die Begründer der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft – vor allem der in der Bekennenden Kirche verankerte Freiburger Bonhoeffer-Kreis – entwickelten in den 1940er-Jahren auf dem Fundament dieses Menschenbildes die Ordnungspolitik: Der Mensch, der Gerechter und Sünder zugleich ist, soll sich in einer Freiheit in Verantwortung entfalten, aber in einer Ordnung, die dem Bösen trotz und der irdischen Gerechtigkeit dient. Dies sind die protestantischen Wurzeln der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Sie wurde für den nationalen Rahmen entwickelt und ihr ist jetzt eine internationale Dimension zu verschaffen. ■

EKD zum Klimaschutz

Der Rat der EKD hat im Mai 2009 auch eine Denkschrift zum Klimaschutz vorgelegt. Titel: „Umkehr zum Leben – Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“. Der Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber betont im Vorwort, im Klimawandel vergrößere sich die Kluft zwischen Arm und Reich. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise verschärfe diese Auswirkungen. Huber mahnt in der Klimapolitik zur internationalen Zusammenarbeit.

Wissen, wo der Schuh drückt Die CDA-Sommertour 2009



Das Fahrrad, auf das der nordrhein-westfälische Generationsminister Armin Laschet und andere Kollegen sich hier geschwungen haben, ist nur eines von mehreren Verkehrsmitteln, mit denen ehrenamtliche und hauptamtliche CDAler im Rahmen der diesjährigen Sommertour unterwegs waren. Seit Jahren schon ist es in Nordrhein-Westfalen gute Tradition, dass vor allem Abgeordnete ausschwärmen und Betriebe, Sozialeinrichtungen und andere Institutionen besuchen.

Getreu der Devise: „Politik macht man nicht am grünen Tisch. Man erfährt nur vor Ort, wo die Kolleginnen und Kollegen der Schuh drückt.“ Auch viele weitere CDAler wie der baden-württembergische Landesvorsitzende Dr. Christian Bäumler waren unterwegs. Die CDA-Hauptgeschäftsstelle hat sich zum dritten Mal zu einer Sommertour auf den Weg gemacht.

Einblicke und Eindrücke auf dieser und den folgenden Seiten



CDA-Chef Laumann MdL besuchte gemeinsam mit Erwin Rüdell, Bundestagskandidat für den Wahlkreis Neuwied-Altenkirchen und Ekkehard Gauglitz, CDA-Bezirksvorsitzender in Koblenz-Montabaur, die Wirtgen Baumaschinenindustrie.



„Kauf eins mehr“ war der Name der gemeinsamen Aktion der CDU Ortsunion Ergste und CDA Schwerte vor dem Edeka Markt. Die Ratskandidaten Jörg Schindel, CDA-Vorsitzender in Schwerte (l.v.r.), und Hans-Georg Rehage (l.v.l.), CDU-Vorsitzender in Ergste, haben die Ergster Bevölkerung aufgefordert, ein lang haltbares Lebensmittel mehr zu kaufen und in den bereit gestellten Einkaufswagen zu legen. Am Ende der Aktion wurden die Lebensmittel der Schwerter Tafel übergeben.

Sommertour 2009



Armin Laschet (Mitte), Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW, wirbt im Kreisverband Recklinghausen dafür, die Einbürgerungsurkunden der Städte in einem festlichen Rahmen zu überreichen. Zum ersten Mal überreichte der CDA'ler die Einbürgerungsurkunde an den 9jährigen Anikeht Vohra.



Die CDA Siegen lässt sich gemeinsam mit dem Abgeordneten Willi Zylajew (2.v.l) die Produktion von Industriefußmatten zeigen. Der CDA-Schatzmeister verfolgt gespannt die einzelnen Arbeitsschritte.



Auf seiner Sommertour besuchte Laschet den Jakobi-Kindergarten in Coesfeld, der einen bleibenden Eindruck beim Minister hinterließ. Hier wird ein besonderes Augenmerk auf die Sprachförderung gelegt.



Ein weiterer Anlaufpunkt Tenhumbergs (4.v.l.) war die Firma Wohlbehagen, ein privates Pflege- und Wohnheim. Der Geschäftsführer und CDA-Kollege Willi Strüwer (1.v.l.), führten Tenhumberg, Joachim Bock (2.v.l.) und Friedrich Jäger durch das Haus und erläuterte die Abläufe und Besonderheiten ihrer Arbeit.



CDA-Bundesvorstandsmitglied Willi Zylajew (2.v.l.) besichtigte mit dem CDA-Kreisvorsitzenden Ulrich Hempel (1.v.l.) im Rahmen der NRW-Sommerbereitung das Gertrudis-Hospital in Hertener-Westholt. Oberarzt Dr. Berthold Rawert erläuterte die Besonderheit der zentralen Aufnahme, wo die Erstversorgung der Notfallpatienten stattfindet.



Bernhard Tenhumberg (2.v.l.) CDA-Bezirksvorsitzender im Münsterland und Mitglied des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration des Landtages NRW, besuchte die Kindertagesstätte „Alle unter einem Dach“. Leiterin Beatrix Rumpke (3.v.l.) und die Fachkraft für Sprachförderung Ulla Tuncer erläuterten ihr erfolgreiches Konzept. Etwa 84 % der Kinder kommen aus Familien mit Migrationshintergrund, weshalb die Sprachförderung besonders wichtig ist.



Dr. Ralf Brauksiepe MdB (4.v.l.), CDA-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, besuchte die Firma KSK-Industriellackierungen in Niederheid. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informierte sich über den Stand des Geilenkirchner Betriebes in Krisenzeiten. Beim Rundgang bekam Brauksiepe Einblick in die „vorbildlichen“ Arbeitsbedingungen des mittelständischen Unternehmens.



Im Tecklenburger Land betreibt die RAG Anthrazit Ibbenbüren GmbH das nördlichste Steinkohlenbergwerk Deutschlands. In Ibbenbüren wird hochwertige Anthrazitkohle gefördert. Mit einer Tiefe von 1.500 Metern ist der Nordschacht der tiefste Schacht Europas. Das Bild zeigt Gerald Weiß MdB nach einem Informationsgespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden Jürgen Knibutat (2 v.r.) und den Vertretern des CDA-Kreisverbandes Steinfurt sowie Vertretern der CDU Ibbenbüren.



CDA-Bundesvorstandsmitglied Uwe Schummer MdB (3.v.l.) besuchte gemeinsam mit dem CDA-Vorsitzenden im Rheinisch-Bergischen Kreis, Willi Palm (mitte) und weiteren CDAlern die Firma Federal-Mogul (ehemals Goetze-Werke) in Burscheid. Die Besucher sprachen mit Geschäftsführer Dr. Evers und Betriebsleiter Wolf (1.v.l.) über die aktuelle Krise in der Automobilindustrie und die Nutzung der Konjunkturpakete. Auch der Nutzen der innerbetrieblichen und praxisnahen Ausbildung war Thema.



„Wir bringen Menschen in Arbeit“ – das ist das erklärte Ziel der kommunalen Arbeitsförderung „GAB – Gemeinsam für Arbeit und Beschäftigung“ im Kreis Steinfurt. 10 Optionskommunen gibt es in NRW, eine davon ist der Kreis Steinfurt. Er ist mit 443.000 Einwohnern die größte Optionskommune. Das Bild zeigt v.l.n.r. Gerald Weiß MdB im Gespräch mit den beiden Vorständen Paul Jansen und Karl-Heinz Hagedorn.



Dr. Christian Bäuml, CDA-Landeschef in Baden-Württemberg, besuchte das Hellma-Spatzenest, eine der ersten betrieblichen Kinderkrippen in Baden-Württemberg. Die Einrichtung betreut 12 Kinder im Alter von 9 Monaten bis 3 Jahren. Die Krippe ist in das Bedarfskonzept der Gemeinde Müllheim integriert, die Betriebskosten werden zu 60 Prozent vom Land getragen.

Arbeitskammer: Mehr Beratung, weniger Prozesse

„Hartz IV“ - in den Sozialgerichten stapeln sich die Akten. Kaum ein Gesetz zieht so viele juristische Auseinandersetzungen nach sich wie das Sozialgesetzbuch II. Im Saarland sieht die Lage besser aus. Ein Grund dafür ist die Beratung durch die Arbeitskammer des Saarlandes. Das erfuhren Martin Kamp, CDA-Hauptgeschäftsführer, Martina Stabel-Franz aus dem CDA-Bundesvorstand, der Landesvorsitzende Egbert Ulrich und weitere CDAler jetzt bei einem Besuch der Kammer in Saarbrücken. Sie wurden dort vom Geschäftsführer der Arbeitskammer, Heribert Schmitt, und vom Leiter der Abteilung Beratung,

Peter Kiefer, empfangen. In der Arbeitskammer sind alle saarländischen Arbeitnehmer Pflichtmitglied, sofern sie sozialversicherungspflichtig sind. Sie zahlen 0,15 Prozent des Bruttolohns als Beitrag, Azubis sind beitragsfrei. Für wenige Euros im Monat können die Kolleginnen und Kollegen ein großes Serviceangebot in Anspruch nehmen. Juristen, Steuerfachleute und andere Spezialisten stehen ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Publikationen enthalten Infos zu aktuellen arbeitnehmerrelevanten Themen, zudem werden Seminare angeboten. Arbeits- oder Arbeitnehmerkammern gibt es in Deutschland nur im Saar-



land und in Bremen. Eine Konkurrenz zu den Gewerkschaften stellen sie übrigens nicht da: Sowohl an der Weser als auch an der Saar liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad deutlich über dem Bundesdurchschnitt. ■

Aktuelle Mode und Latte Macchiato im Caritas-Kaufhaus

Eine Bücherecke mit schöngestiger Literatur, modische Kleidung für Sie und Ihn und eine Bistro-Ecke, in der man sich bei einem Latte Macchiato vom Shoppen erholen kann – das alles hat das Caritas-Kaufhaus mitten in der Fußgängerzone in Gummersbach zu bieten. Der CDA-Kreisvorsitzende Dr. Jörg Weber und der Ehrengast des Kreisverbandes Rolf Schäfer hatten jetzt Martin Kamp und Martin Schulte aus der CDA-Hauptgeschäftsstelle und Landessozialsekretär Daniel Güttler zu einem Besuch dieses Kaufhauses eingeladen. Die CDA-Delegation zeigte sich beeindruckt. „Das ist keine Kleiderkammer. Hier werden keine alten, ausrangierten Klamotten

verramscht, sondern hochwertige Ware wird weiterveräußert“, so das Resümee im Gespräch mit dem Caritas-Chef Peter Rothausen. Besonders erfreulich aus Sicht der Christlich-Sozialen: Im Caritas-Kaufhaus kann man nicht nur günstig Kleidung und anderes erstehen, sondern einige junge Leute finden dort auch Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Nach einem Besuch in der ARGE Oberberg machten die CDA-Kollegen gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Flosbach einen Abstecher zur Firma GIRA in Radevormwald. Dort wurden sie vom Betriebsratsvorsitzenden Lutz Faßbender, ebenfalls CDA-Kollege, empfangen. Von Jammern über die



Krise war dort nichts zu spüren. Im Gegenteil: Neben den traditionellen Geschäftsfeldern wie Schaltertechnik investiert man dort in zukunfts-trächtige Geschäftsfelder, etwa in die Gesundheitswirtschaft. ■

Namen und Nachrichten



+++ Markus Wehling ist neuer Vorsitzender des CDA-Bezirksverbandes Hannover. Der 36-jährige Immobilienkaufmann und Betriebswirt löst **Frank Glaubitz** ab, der das Amt aus beruflichen Gründen abgegeben hat. Zu den ersten Gratulanten gehörten der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende, **Rainer Lensing**, der Vorsitzende der CDA Niedersachsen, **Dr. Max Matthiesen MdL** und die Vorsitzende des CDA-Landesverbandes Hannover, **Anja Bombeck**. **+++**



+++ Die stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende, **Silke Striezel**, feierte ihren 60. Geburtstag. Striezel ist seit 1980 CDA-Mitglied und seit 2005 stellvertretende CDA-Landesvorsitzende in Berlin. Gefeierte wurde in gemütlicher Runde mit Familie auf der heimischen Son-

nenterrasse. Zu den Gratulanten gehörten neben CDA-Hauptgeschäftsführer **Martin Kamp**, der stellvertretende Bundesvorsitzende **Dr. Ralf Brauksiepe MdB** und der ehemalige CDA-Bundesvorsitzende und Minister a.D. **Werner Schreiber**. **+++**



+++ Dr. Andreas Ellendt wurde einstimmig zum neuen Kreisvorsitzenden der CDA Lübeck gewählt. Ellendt, der auch stellvertretender CDA-Landesvorsitzender ist, bringt langjährige kommunalpolitische Erfahrung mit. Er löst **Henning Stabe** ab, der nach achtjähriger Amtszeit nicht wieder kandidierte. Stellvertreter wurden **Marcus Wulf** und **Klaus Petersen**. Weitere Mitglieder im Vorstand sind **Barbara Koolmann** und **Jürgen Raatz**. **+++**

+++ Dieter Landskrone wurde 65. Landskrone ist seit 40 Jahren Mitglied in CDA und CDU und seit 19 Jahren CDA-Kreisvorsitzender in Essen. Als Mitbegründer der dbb-AG NRW und Vorsitzender des Bezirksvorstands Ruhrgebiet prägt Landskrone noch heute nachhaltig die politische Arbeit der CDA. Auch ehrenamtlich ist Landskrone in Nordrhein-Westfalen aktiv, so zum Beispiel im Landeskrankenhaus Essen. **+++**

+++ Uwe Herzog wurde einstimmig als Kreisvorsitzender der CDA Dresden bestätigt. Seine Stellvertreterin ist **Ute Schubert**. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden **Micael Heimann**, **Winfried Lütke-meier** und **Peter Girst** gewählt. In seiner Rede bezeichnete Herzog die CDA als treibende Kraft in der Union für die sozialen Belange der Menschen. Nur mit einer starken CDA seien bei den kommenden Land-



+++ Zur Veranstaltung über ein einheitliches Arbeitsvertragsgesetzbuch lud Niedersachsens CDA-Chef, **Dr. Max Matthiesen MdL**, zahlreiche Experten nach Hannover ein. Die Juristen, Gewerkschafter, Politiker und ein Richter waren sich einig, dass der Entwurf der Professoren **Dr. Martin Hensler** und **Dr. Ulrich**

Preis eine gute Grundlage sei. Auch der Präsident des Landesarbeitsgerichtes Niedersachsen, **Prof. Dr. Gert-Albert Lipke**, sprach sich für ein verständlicheres und praxistaugliches Arbeitsvertragsgesetzbuch aus. Mit dabei auch IG BCE-Vorstandsmitglied **Egbert Biermann**. +++

tagswahlen und der Bundestagswahl die gewünschten Ergebnisse möglich. Beim anschließenden Sommerfest der CDA Dresden konnte Herzog den Bundestagsabgeordneten **Andreas Lämmel** begrüßen. +++

+++ **Sylvia Gielisch**, in der CDA-Hauptgeschäftsstelle zuständig für Mitgliederservice und Finanzen, wurde im Bundesvorstand der Frauen Union als Beisitzerin bestätigt. Unter dem Motto „Frauen gemeinsam für Deutschland. Frauen für Merkel“ sprachen sich die Teilnehmerinnen



auf der 28. Bundesdelegierten-tagung in Duisburg dafür aus, auch in Zukunft intensiv auf die Kernbereiche Familie, Bildung und Integration zu setzen. +++

+++ Nach 25-jähriger Amtszeit ist der CDA-Kreisvorsitzende und stellvertretende Landrat in Oberberg, **Rolf Schäfer**, zum Ehrenvorsitzenden der CDA Oberberg gewählt worden. Zu den Gratulanten gehörten neben einer Vielzahl von CDA-Mitgliedern auch **Peter Biesenbach**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, und der finanzpolitische Experte der CDU-Bundestagsfraktion, **Klaus Peter Flosbach**. +++



+++ **Willi Zylajew MdB**, Berichterstatter für den Bereich Pflege der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und **Ekkehard Gauglitz**, Vorsitzender des CDA-Bezirksverbandes Koblenz-Montabaur, besichtigten die Einrichtungen der Heinrich-Haus gGmbH in Neuwied-Engers. Das Heinrich-Haus hat seine Angebote in den letzten 15 Jahren umfangreich ausgebaut. Dort befinden sich neben einer Schule und einer Werkstatt für behinderte Menschen ein ambulanter Pflegedienst und ein Wohnheim für behinderte Menschen. Im Mittelpunkt des Besuches stand ein gemeinsames Gespräch mit Vertretern der Mitarbeitervertretung. +++

Der persönliche Fragebogen der Sozialen Ordnung Heute: Peter Wichtel



PORTRÄT

Peter Wichtel wurde am 5. Januar 1949 geboren. Nach einer kaufmännischen Ausbildung wurde er 1971 Mitarbeiter der Fraport AG, die den größten deutschen Flughafen in Frankfurt betreibt. Von 1989 bis 1998 war Wichtel Leiter des Bereichs Sozialwesen, seit 2002 ist er Betriebsratsvorsitzender der Fraport AG und seit 2004 auch Mitglied des Aufsichtsrates und Vorsitzender des Personalausschusses. Bei der Bundestagswahl am 27. September tritt er als Direktkandidat im Wahlkreis Offenbach an. Peter Wichtel ist verheiratet, hat eine Tochter und zwei Enkelkinder.

Wieso bist Du in der CDA?

Wegen Otto Zink, Karlheinz Trageser und Ihren Vorträgen zur christlich-sozialen Politik in der CDU.

Worüber, worauf freust Du Dich?

Auf ein Wochenende ohne Termine zuhause.

Was gibt Dir Kraft?

Meine Familie und meine Freunde.

Wovor hast Du Angst?

Vor Radikalismus.

Dein Buch-Tipp?

Das Kapital von Reinhard Marx.

Welche Website empfiehlst Du zum Reinklicken?

Meine eigene:
www.peterwichtel.de.

Welche Musik hörst Du am liebsten?

Oldies aus den 60er- und 70er-Jahren.

Dein Leibgericht?

Schweinebraten mit Klößen.

Mit welchem Promi würdest Du Dich gern einmal in Ruhe unterhalten?

Papst Benedikt der XVI.

Und mit wem würdest Du gern mal einen Tag tauschen?

Mit dem Trainer der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft.

Du hast unverhofft drei Stunden frei. Wie verbringst Du die Zeit?

Mit meiner Frau.

Wo möchtest Du – außer in Deiner derzeitigen Heimat – gern leben?

In Berlin oder München.

Welche Vorbilder hast Du – in der Geschichte und in der Gegenwart?

Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Dalai Lama.

Was ist Dein größter (politischer) Erfolg?

Die Auszeichnung der Konrad Adenauer-Stiftung mit dem Preis der Sozialen Marktwirtschaft 2008.

Die größte Ungerechtigkeit: Was ist nicht sozial? Was ist nicht in Ordnung?

Bildungsarmut und Armut trotz Arbeit.

Du darfst allein über die Verwendung von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt entscheiden. Wofür gibst Du das Geld aus?

Für Bildung, Familie und Infrastrukturprojekte.

Dein Lebensmotto?

Mit Optimismus in die Zukunft sehen.

Weitere Informationen

Mehr Infos auf > www.peterwichtel.de

WAHLAUFRUF

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Angela Merkel

Angela Merkel steht für Sozialpartnerschaft. Sie bekennt sich zur Mitbestimmung und zum Kündigungsschutz, zur Tarifautonomie und zum Kampf gegen Lohndumping. In der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise agiert die Bundeskanzlerin klug und weitsichtig. Sie setzt strengere Regeln für die Finanzmärkte durch und sorgt dafür, dass die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft auch international verankert wird. Angela Merkel stellt die Weichen für nachhaltiges Wachstum, vor allem durch Innovationen. So werden Arbeitsplätze sicherer, und neue können entstehen. Die Bundeskanzlerin weiß: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Leistungsträger der Gesellschaft. Deshalb will die Union gerade Geringverdiener und Facharbeiter entlasten. Angela Merkel steht für eine moderne Familienpolitik, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und sie steht für Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Wir wollen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt.

Deshalb rufen wir dazu auf, am 27. September 2009 mit beiden Stimmen CDU zu wählen.



Mitmachen!

Persönliches Statement abgeben auf www.cda-bund.de

Erstunterzeichner: **Ludwig Gatzemeier**, Betriebsratsvorsitzender Leinefelder Textilwerke; **Peter Wichtel**, Betriebsratsvorsitzender Fraport AG; **Elke Hannack**, Gewerkschaftssekretärin; **Elisabeth Oberinger / Thomas Peter / Werner Baumann / Darko Hettich**, Betriebsratsmitglieder Betriebsgruppe BASF SE; **Kai-Uwe Hemmerich**, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Clariant Produkte Deutschland GmbH; **Bernd Kruse**, Betriebsrat; **Lutz Faßbender**, Betriebsratsvorsitzender GIRA; **Glenn Lawrence**, Betriebsrat Veritas AG; **Albert Wiegand**, Betriebsrat Deutsche Bahn AG; **Gerfried Scholtz**, Gewerkschaftssekretär Verkehrsgewerkschaft GDBA; **Jürgen Drude**, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Arntz Optibelt Gruppe Deutschland; **Karsten Kraus**, Gewerkschaftssekretär; **Peter Krautscheid**, Betriebsratsvorsitzender; **Irmtraud Rakow**, Personalratsvorsitzende der Hansestadt Wismar; **Reinhard Mehnert**, Betriebsratsvorsitzender Wasserverband Lausitz Betriebsführungs GmbH; **Doris Jansen**, Personalratsvorsitzende; **Harald Krause**, Gewerkschaftssekretär ver.di; **Christoph Walther**, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Enso Energie Sachsen Ost AG; **Hans-Joachim Adams**, Gewerkschaftssekretär; **Dennis Radtke**, Gewerkschaftssekretär IG BCE; **Hermann-Josef Doerfner**, Betriebsrat KVB; **Manfred Klemp**, Betriebsratsvorsitzender Outotec GmbH Standort Köln; **Heinz-Dieter Linnemann**, Betriebsrat Wilhelm Karmann GmbH; **Dano Himmelrath**, Personalrat Sparkasse Köln/Bonn; **Michael Ledig**, Gewerkschaftssekretär ver.di; **Winfried Marx**, Betriebsratsvorsitzender; **Karl-Hubert Troglauer**, Gewerkschaftssekretär; **Norbert Böhlke**, Betriebsratsvorsitzender Kühne & Nagel; **Thorsten Kiwitz**, Personalrat; **Martin Fischer**, Betriebsratsvorsitzender, GdL; **Hans-Joachim Spille**, Betriebsratsvorsitzender; **Hans-Georg Rehage**, Betriebsrat Evonik Wohnen; **Michael Gleißner**, 2. Vorsitzender Gewerkschaft der Polizei Bottrop-Gladbeck; **Heinz Wösten**; Gesamtpersonalratsvorsitzender VGH; **Gerhard Schlee**, stellv. Betriebsratsvorsitzender Region West BWI-IT; **Wolfgang Staudt**, Betriebsrat; **Hartmut Steuber**, Personalratsvorsitzender; **Thorsten Raschen**, Betriebsrat; **Hans Schnäpp**, Betriebsrat KVB

